



---

## Kurzinformation

# Gesetzliche Grundlagen für Ansprüche auf Entfernung von rechtswidrigen Inhalten gegenüber Hostingdiensteanbieter

---

Darzustellen waren mögliche Ansprüche von Geschädigten auf Löschung von ehrverletzenden Inhalten gegenüber Hostingdiensteanbietern.

In Anbetracht der Vielzahl von möglichen gesetzlichen Grundlagen für die Löschung von strafbaren und rechtswidrigen Inhalten sei hier zunächst die neue Regelung des Art. 9 der unmittelbar geltenden Verordnung<sup>1</sup> (EU) 2022/2065 des europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG<sup>2</sup> (Gesetz über digitale Dienste) (im Folgenden wird die allgemein gebräuchliche englische Abkürzung DSA für Digital Services Act verwandt) vorgestellt:

---

<sup>1</sup> Gemäß Art. 288 Abs. 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sind Verordnungen Rechtsakte, die allgemeine Geltung haben, in allen ihren Teilen verbindlich sind und unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gelten. Sie müssen von den EU-Mitgliedstaaten nicht in nationales Recht umgesetzt werden („Durchgriffswirkung“)

<sup>2</sup> Verordnung (EU) 2022/2065 des europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste) (Text von Bedeutung für den EWR). ABl. EU vom 27.10.2022, Nr. L 277. Abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32022R2065>. Zuletzt abgerufen – wie alle URL in dieser Arbeit – am 12. August 2024.

Nach Art. 9 Abs. 1 DSA müssen Anbieter von Vermittlungsdiensten<sup>3</sup> Anordnungen zum Vorgehen gegen ein oder mehrere bestimmte rechtswidrige Inhalte<sup>4</sup>, die von den zuständigen nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden auf der Grundlage des geltenden Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht erlassen wurden, befolgen.

Dabei müssen die nationalen Justiz- oder Verwaltungsbehörden nach Art. 9 Abs. 2 lit. a) DSA unter anderem die Rechtsgrundlage nach Maßgabe des Unionsrechts oder des nationalen Rechts für die Anordnung und eine Begründung, warum es sich bei den Informationen um rechtswidrige Inhalte handelt, mit Bezugnahme auf eine oder mehrere besondere Bestimmungen des Unionsrechts oder des nationalen Rechts im Einklang mit dem Unionsrecht angeben.

### **1. Gesetzliche Grundlagen für die Löschung von strafbaren und rechtswidrigen Inhalten bei Hostingdiensteanbietern auf Veranlassung des Geschädigten**

Der durch rechtswidrige – und damit auch durch strafbare – Inhalte Geschädigte kann nach Art. 16 DSA den Sachverhalt dem Hostingdiensteanbieter melden und/oder den Zivilrechtsweg beschreiten.

#### **1.1. Art. 16 DSA: Meldung an den Hostingdiensteanbieter**

Nach Art. 16 Abs. 1 DSA müssen Hostingdiensteanbieter ein Verfahren einrichten, über die Personen oder Einrichtungen Ihnen Einzelinformationen melden können, die sie für rechtswidrig halten.

Diese Meldungen müssen gem. Art. 16 Abs. 2 lit. a) DSA eine hinreichend begründete Erläuterung enthalten, warum der Geschädigte den Inhalt für rechtswidrig hält.

---

<sup>3</sup> Art. 3 DSA lit. g) definiert einen „Vermittlungsdienst“ folgendermaßen:

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck ... „Vermittlungsdienst“ eine der folgenden Dienstleistungen der Informationsgesellschaft:

- i) eine „reine Durchleitung“, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln oder den Zugang zu einem Kommunikationsnetz zu vermitteln,
- ii) eine „Caching“-Leistung, die darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in einem Kommunikationsnetz zu übermitteln, wobei eine automatische, zeitlich begrenzte Zwischenspeicherung dieser Informationen zu dem alleinigen Zweck erfolgt, die Übermittlung der Information an andere Nutzer auf deren Anfrage effizienter zu gestalten,
- iii) ein „Hosting“-Dienst, der darin besteht, von einem Nutzer bereitgestellte Informationen in dessen Auftrag zu speichern;

<sup>4</sup> Art. 3 DSA lit. h) definiert „rechtswidrige Inhalte“ folgendermaßen:

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck ... „rechtswidrige Inhalte“ alle Informationen, die als solche oder durch ihre Bezugnahme auf eine Tätigkeit, einschließlich des Verkaufs von Produkten oder der Erbringung von Dienstleistungen, nicht im Einklang mit dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats stehen, ungeachtet des genauen Gegenstands oder der Art der betreffenden Rechtsvorschriften;

Außerdem muss er nach Art. 16 Abs. 2 lit. b) DSA eine eindeutige Angabe des genauen elektronischen Speicherorts dieser Information enthalten. Darunter ist beispielsweise die präzise URL-Adresse bzw. die präzise URL-Adressen oder – soweit erforderlich – weitere, hinsichtlich der Art der Inhalte und der konkreten Art des Hostingdienstes zweckdienliche Angaben zur Ermittlung der rechtswidrigen Inhalte zu verstehen.

Schließlich muss der Geschädigte nach Art. 16 Abs. 2 lit. c) noch seinen Namen und seine E-Mail-Adresse angeben.

Ebenfalls muss er noch nach Art. 16 Abs. 2 lit. d) eine Erklärung darüber abgeben, dass er im guten Glauben davon überzeugt sei, dass die in der Meldung enthaltenen Angaben und Einführungen richtig und vollständig sind.

Nach Art. 17 Abs. 1 DSA kann der Hostingdiensteanbieter zwischen verschiedenen Maßnahmen wählen, wenn er zu dem Ergebnis kommt, dass es sich bei dem vom Nutzer bereitgestellten Informationen um rechtswidrige Inhalte handelt. Dazu gehören unter anderem Beschränkungen der Anzeige bestimmter Einzelinformationen, die vom Nutzer bereitgestellt wurden, einschließlich der Entfernung von Inhalten, der Sperrung des Zugangs zu Inhalten oder der Herabstufung von Inhalten.

## 1.2. Zivilrechtliche Ansprüche

Gegen Verletzungen des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts greift zugunsten der Betroffenen ein Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch gem. § 1004 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB)<sup>5</sup> analog, § 823 I BGB iVm Art. 2 I, 1 I des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG)<sup>6</sup>.

## 2. Gesetzliche Grundlagen für die Löschung von Inhalten bei Hostingdiensteanbietern auf Veranlassung Dritter

Für die Löschung von Inhalten bei Hostingdiensteanbietern auf Veranlassung Dritter gelten die oben (s. 1.1 auf S. 2) für eine Meldung durch den Geschädigten skizzierten Regelungen entsprechend.

\*\*\*

---

<sup>5</sup> Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 16. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 240) geändert worden ist. Abrufbar unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/bgb/BJNR001950896.html>.

German Civil Code: [https://www.gesetze-im-internet.de/englisch\\_bgb/index.html](https://www.gesetze-im-internet.de/englisch_bgb/index.html).

<sup>6</sup> Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2478) geändert worden ist. Abrufbar unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/BJNR000010949.html>.

Basic Law for the Federal Republic of Germany: [https://www.gesetze-im-internet.de/englisch\\_gg/index.html](https://www.gesetze-im-internet.de/englisch_gg/index.html).